

It's time for a change

Immer habe ich die politische Kultur der Amerikaner bewundert, weil in ihr die Rolle der Parteien viel pragmatischer und weniger aufgeregt als in Deutschland gesehen wird. Nüchtere Analyse der Situation spielt die Hauptrolle bei der Entscheidung für Parteien und Politiker. Das Lösungswort dafür heißt traditionell: „It's time for a change“. Diese angelsächsische Nüchternheit habe ich mir in diesem Frühjahr zur Richtschnur gewählt bei der Frage, ob ich wieder für den Landesvorsitz kandidieren sollte.

Vor einem Jahr bin ich angetreten mit dem Versprechen, daran zu arbeiten, die CDU wieder wählbar zu machen. Auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück vorangekom-

men: In der Bundestagswahl lag das Berliner Ergebnis der CDU vor dem Bundestrend in den großen Städten. Und bei den Meinungsumfragen in Berlin führt die Union die Sympathieskala an. Auch ich selbst habe viel Zustimmung erhalten - in der Öffentlichkeit, aber auch an der Basis der Partei. Die Gespräche und Begegnungen dort haben mich tief beeindruckt.

Unsere Parteimitglieder sind voller Sachverstand und Idealismus, ihr Engagement für unsere Stadt Berlin ist vorbildlich.

Ich blicke zufrieden auf das Jahr 2002/2003 zurück. Also warum nicht einfach „weiter so“? Meine

Analyse des Verhältnisses von Regierung und Opposition ergab: Wir sind viel näher am Wahlkampf für 2006 als es uns bisher bewusst war. Wir brauchen dringend einen langen Anlauf für den Wahlsieg. Das Team, das 2006 der rot-roten Konkurrenz und ihrer Medienmacht entgegentritt, muss jetzt schon deutlich sichtbar werden. Jeder weiß, dass es in der jüngeren Generation der Berliner CDU miteinander wetteifernde Persönlichkeiten und Gruppierungen gibt, die sich für fähig halten, erfolgreich in den Wahlkampf zu gehen. Konkurrenz belebt das Geschäft, aber sie muss zeitlich begrenzt bleiben. Ich bin deshalb der Meinung, dass die Entscheidung darüber, wer die Spitzenpositionen einnimmt,

schon jetzt fallen soll. Berlin muss wissen, woran es mit der Union ist. Der Wechsel im Fraktionsvorsitz und beim Landesvorsitz stellt die Weichen für unseren Wahlsieg im Jahr 2006 - den Berlin dringend braucht, um die Zeit der rot-roten Lähmung endlich - spät genug! - zu beenden. Allen, die mir bei unserer gemeinsamen Arbeit im vergangenen Jahr

geholfen haben, danke ich von Herzen. Auf dem Spielfeld der Unionspolitik wechsele ich den Platz, aber nicht mein Engagement für die gute Sache.



ZUM RÜCKTRITT VON FRANK STEFFEL:

ZWEI WICHTIGE JAHRE

Die Zwischenbilanz über die Arbeit der CDU-Fraktion, ist für den scheidenden Fraktionsvorsitzenden Frank Steffel auch eine Art Schlussbilanz. Eine Bilanz nach zwei Jahren, in denen er die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus dynamisch und mit ganzem Einsatz geführt hat.

Auf dem Höhepunkt der Bankenaffäre hatte er sich nicht verweigert, sondern versucht, gemeinsam mit Eberhard Diepgen, den er in der Stunde seiner Abwahl liebevoll als „Bürgermeister der Herzen“ bezeichnete, eine Regierungsübernahme durch die PDS zu verhindern.

Als die Berliner Union am Boden lag hatte er im Wissen um eine wahrscheinliche Wahlniederlage eine schier aussichtslose Spitzenkandidatur übernommen. Nach der Niederlage übernahm er auch die Verantwortung für das Wahlergebnis.

Frank Steffel ist im Rückblick mit dem Erreichten zufrieden. Steffel: „Mein Dank gilt meinem Fraktionsvorsitz für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und allen Mitgliedern der Fraktion für ihr Engagement für die gemeinsame Sache. Jeder hat in seinem Bereich mit Einsatz und Ideen die

Politik der Union präsentiert und damit bei den Berlinern wieder für Vertrauen für unsere CDU gewonnen.“

Die Bilanz der gemeinsamen Arbeit kann sich sehen lassen: Diverse Programme, Konzepte und Ideen machten neben unzähligen Parlamentsanträgen die Union zu einer sachlich kompetenten Alternative zum rot-roten Senat.

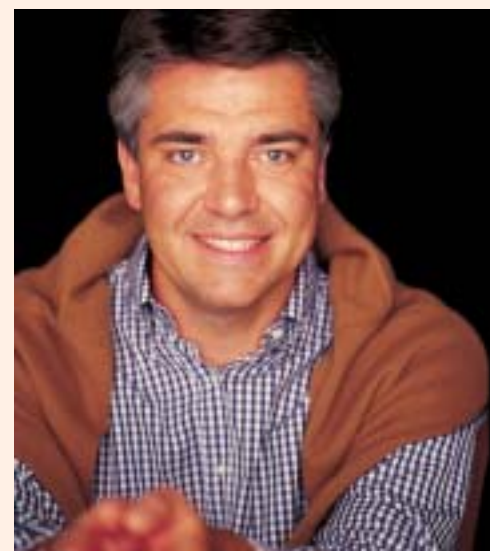
In Form einer groß angelegten Kampagne mit Postkarten, Flug- und Faltblättern hat die Fraktion ein „Sofortprogramm für Jobs im Mittelstand“ vorgelegt, als der rote Senat ausschließlich Negativrekorde bei der Arbeitslosigkeit vermeldete. Des Weiteren hat die Fraktion einen Masterplan zur Haushaltskonsolidierung mit festen Einsparpotentialen vorgelegt, wo SPD und PDS zwar immer vom Sparen sprachen, aber Streichen meinten. Der Konzeptionslosigkeit auf Seiten des Senats wurde ein Zukunftsprogramm entgegengesetzt!

Frank Steffel erinnert an die mit den Grünen und der FDP gemeinsam angestrebte Klage vor dem Verfassungsgericht. Steffel: „Auch

wenn Wowereit und Sarrazin sich bis heute nicht einig sind - der Haushalt ist verfassungswidrig. Die Investitionen fehlen und Berlin

sonellen und vor allem inhaltlichen Erneuerung konnten wir wieder um das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner werben. Die Umfragen geben uns recht: Die Union ist seit Monaten konstant wieder stärkste Partei.“

Unter dem Motto „Zuhören-Diskutieren-Anpacken“ hat man in den vergangenen Monaten das Gespräch mit den Berlinern gesucht. Dazu sind diverse Experten-Hearings unterschiedlichen Themenfeldern mit großer Bürgerbeteiligung durchgeführt worden, um die Sachargumente der Union für eine bessere Politik für Berlin darzustellen. Die Reihe „Zukunftsgespräche“ wurde vor gut vier Wochen mit hervorragenden Gesprächspartnern zum Thema ‚Globalisierung‘ gestartet.



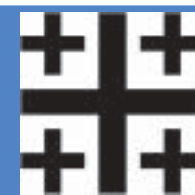
geht kaputt!“ Auch in der Außenwirkung hat die CDU-Fraktion viel vorangebracht. Steffel: „Wir haben unsere neue Leitidee, Berlin neu denken - Ideen statt Ideologien“ in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt. Denn nur mit der ehrlichen und lückenlosen Aufklärung des Bankenskandals und der gleichzeitigen per-

Die Bezirksbesuche, die Frank Steffel in den letzten Wochen bereits nach Marzahn-Hellersdorf und Pankow führten, fanden große Beachtung. Gerade im Ostteil der Stadt will die Union viel stärker als bisher Zeichen setzen, als Alternative zu Rot-Rot erkennbar werden.

Sein Fazit:

„Diese CDU-Fraktion hat seit der verlorenen Wahl vor einhalb Jahren mit einer fundierten sachorientierten Arbeit viel Vertrauen bei den Berlinern zurückgewonnen. Wir sollten uns dies von niemandem schmälern lassen.“

Jeder ist eingeladen, an unserer Aufgabe mitzuwirken, für unsere Stadt eine bürgerliche Zukunftsvision, als Alternative zur rot-roten Lethargie, zu entwickeln. Dann werden wir auch in Zukunft die Möglichkeit erhalten, unsere Ziele im Sinne der Berlinerinnen und Berliner umzusetzen. Ich wünsche unserer CDU-Fraktion unter einer neuen Führung dazu alles Gute und im Interesse Berlins viel Erfolg.“
*Michael Thiedemann
Pressesprecher der CDU-Fraktion
im Abgeordnetenhaus von Berlin*



Ökumenischer Kirchentag - ,Feel the Spirit' mit der CDU Berlin

Im Rahmen des diesjährigen Ökumenischen Kirchentages vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin veranstalten die CDU-Landesverbände Berlin und Brandenburg sowie die Junge Union Deutschlands am 31. Mai 2003 ein Benefizkonzert

Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Reinickendorf, Marlies Wanjura. Die Veranstaltung im Fontanehaus in Berlin-Reinickendorf, Wilhelmsruher Damm 142c, beginnt um 14 Uhr und endet gegen 18 Uhr. Der Eintritt ist frei.



Foto: NORMAL GENERATION?

zugunsten verfolgter Christen. Das Konzert, zu dem mehr als tausend Gäste erwartet werden, steht unter der Schirmherrschaft des Vizepräsidenten im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Christoph Stölzl, des brandenburgischen Innenministers und CDU-Vorsitzenden Jörg Schönbohm und der

Bekannte Künstler werden sich zusammen mit den Initiatoren bei diesem Konzert für verfolgte Christen in aller Welt einsetzen. Mit dabei sind unter dem Motto „Feel the Spirit“ die Band „Normal Generation?“, bekannt durch ihren dritten Platz bei der Ausscheidung zum Schlager-Grand-Prix 2002, Kathy

Helpfen auch Sie den Hilfsorganisationen mit einer Spende:
Zahlungsempfänger: Pust & Partner
Treuhand-Stiftung
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Kontonummer 32 786 07
Vielen Dank!

Kelly von der Kelly Family, der Berliner St. Konrad Gospel Chor und einer der besten deutschen Gospel-Chöre, der Tostedt Community Gospel Choir. Der

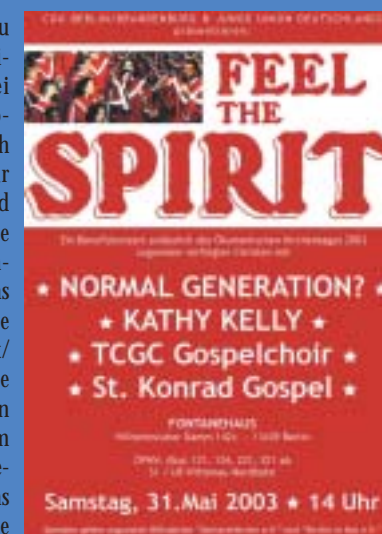
internationale katholische Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe und die evangelische Hilfsaktion Märtyrerkirche. „Mit diesem



Gastgebende Bezirksbürgermeisterin von Reinickendorf und Schirmherrin Marlies Wanjura mit Astrid Jantz von CDU-Landesvorstand bei der Flyerpräsentation

Erlös geht zu gleichen Teilen an zwei Organisationen, die sich weltweit für verfolgte und bedrohte Christen engagieren: das internationale katholische Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe und die evangelische Hilfsaktion Märtyrerkirche. „Mit diesem Konzert sprechen wir uns gegen die weltweite

Christenverfolgung aus. Wir wollen ein Zeichen setzen, denn kaum jemand nimmt wahr, dass in 130 Ländern dieser Welt mehr als 2 Millionen Christen auf Grund ihres Glaubens verfolgt, gefoltert, misshandelt oder gar ermordet werden“, so die Organisatorin des Konzertes, Astrid Jantz, Mitglied des CDU-



Landesvorstandes Berlin und des JU-Bundesvorstandes. Während der Veranstaltung, die von Dr. Frank Steffel, gastgebender CDU-Kreisvorsitzender der CDU Reinickendorf, moderiert wird, werden auch Zeugen aus Ländern, in denen Christen verfolgt werden, über ihre Erlebnisse und Erfahrungen berichten und die Hilfswerke ihre Arbeit vorstellen.

Kartenreservierung bitte rechtzeitig unter verfolgtechristen@junge-union.de

ROLAND GEWALT ZUM 1. MAI IN BERLIN:

Innensenator verantwortungslos

Berlins Innensenator Ehrhard Körting stehle sich aus der Verantwortung, wenn er nach den abermaligen Krawallen vom 1. Mai gegenüber einem Rundfunksender die Polizei als Schuldigen für das Scheitern seiner eigenen Strategie hinstelle, sagt der CDU-Innenexperte und Bundestagsabgeordnete Roland Gewalt. Es sei schäbig, sein eigenes Versagen durch Vorwürfe an die Polizei kaschieren zu wollen. Nicht die Berliner Polizei war unzureichend vorbereitet, wie Körting meint, sondern der Innensenator verfolgte eine nicht tragfähige Strategie, meint Gewalt.

Dank verdient. Für die gescheiterte Deeskalationsstrategie von Körting tragen sie keine Verantwortung.“ Gewalt weist außerdem auf ein Versäumnis des rot-roten Senates hin, welches für kommende Großsätze schlimme Folgen haben könne. Der 1. Mai habe nämlich gezeigt, dass die Berliner Polizei eigene Hubschrauber brauche. Es habe 65 Demonstrationen und Veranstaltungen sowie über einen ganzen Stadtbezirk verteilte Gruppen von gewalttätigen Randalierern am 1. Mai gegeben.

Um überhaupt den Überblick behalten zu können, erwies sich der

alte, noch von der Volkspolizei übernommenen Hubschrauber der Berliner Polizei als unentbehrlich. Wenn er 2004 außer Dienst gestellt werde, gebe es hierfür keinen Er-

satz, so Gewalt. Im Berliner Landeshaushalt sind vom rot-roten Senat hierfür alle Mittel gestrichen worden. Roland Gewalt: „Es ist geradezu

leichtfertig, wenn Innensenator Körting sich darauf verlässt, dann Hubschrauber vom Bundesgrenzschutz oder aus Brandenburg anfordern zu können. Sowohl beim BGS als auch bei der Polizei in Brandenburg stehen die Hubschrauber und ihre Besatzungen nicht untätig herum und können daher gar nicht bei Großlagen wie am 1. Mai in Berlin rund um die Uhr zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist der Bund als auch das Land Brandenburg - hierauf werden schon die Rechnungshöfe achten - verpflichtet, für den Einsatz ihrer Hubschrauber in Berlin einen finanziellen Ausgleich zu verlangen.“ Für die Sicherheit in der Hauptstadt, ist sich Gewalt sicher, müsse der Senat mindestens einen Hubschrauber beschaffen.

